

08.02.11 Börse Stuttgart gegen Finanztransaktionssteuer

VOLLTEXT

Börse Stuttgart gegen Finanztransaktionssteuer

Lammersdorf: Geringer Satz ohne Lenkungswirkung


Börsen-Zeitung, 8.2.2011

wf Berlin - Eine Steuer mit minimalem Satz auf Finanztransaktionen hält der Vorstandschef der Gruppe Börse Stuttgart, Christoph Lammersdorf, zur Stabilisierung der Finanzmärkte für wenig aussichtsreich. "Will ein Regulierer spekulative Geschäfte wirklich eindämmen, dann ist ein Steuersatz von vielleicht 0,05 % nicht besonders wirkungsvoll", sagte Lammersdorf der Börsen-Zeitung. Für Privatanleger sei eine solche Steuer indessen eine erhebliche Belastung.

Am Montag hatte der Petitionsausschuss des Bundestags in Berlin die Initiatoren einer Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer angehört, die - Anfang November 2009 eingereicht - innerhalb von drei Wochen 66 000 Unterstützer gefunden hatte. Die Petition ist Teil der Kampagne "Steuer gegen Armut". Der Petent, Jesuitenpater Jörg Alt, plädiert für einen Steuersatz von 0,05 % auf alle Finanztransaktionen. Die Mittel sollen je zu einem Drittel zur Armutsbekämpfung, zum Klimaschutz sowie zur Bewältigung der Krisenfolgen verwendet werden. Allein in Deutschland sei mit einem Aufkommen von 8 Mrd. Euro zu rechnen, auch wenn hochspekulative Transaktionen durch die Steuer um 80 % zurückgedrängt würden. Unterstützt wird die Forderung von Nicht-Regierungsorganisationen wie Weed, Gewerkschaften, Sozialverbänden, kirchlichen Banken und den drei Oppositionsparteien SPD, Grüne und Die Linke. Die Initiatoren und Parteien machten vor der Presse in Berlin deutlich, dass es ihnen vor allem um die Einführung der Steuer gehe. Ein Junktim für die Verwendung der Mittel gebe es nicht.

Lammersdorf zeigte Verständnis für das politische Ziel, mit einer solchen Steuer die Verursacher der Krise zu treffen, auch wenn die Börse Stuttgart das Instrument für nicht richtig halte. Private Investoren sollten im Fall der Einführung aber unbedingt ausgenommen bleiben. "Ein Privatanleger, der sein Investment aus versteuertem Einkommen tätigt und seine Kursgewinne mit 25 % versteuern muss, wird mit einer solchen Steuer gleich zwei weitere Male belastet, beim Kauf und beim Verkauf von Wertpapieren", sagte Lammersdorf. Ein Steuersatz auf dem Niveau der Börsenabwicklungsgebühren sei ein "nicht unerheblicher Kostenblock". Die Privatanleger seien ebenso wie die Börsen nicht Auslöser der Krise, sondern Betroffene. Stuttgart habe in der Krise rund 40 % des Umsatzes eingebüßt.

Börsen-Zeitung, 08.02.2011, Autor wf Berlin, Nummer 26, Seite 7, 322 Worte

 URL zum Artikel: <http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2011026076>

